

**Zeitschrift:** Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Bern  
**Band:** 79 (1996)

**Artikel:** Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Band 3, Tradition und Aufbruch 1881-1995  
**Autor:** Junker, Beat  
**Kapitel:** 4: Die Anfänge der Arbeiterbewegung im Kanton Bern  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1070982>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## IV. KAPITEL

---

### DIE ANFÄNGE DER ARBEITERBEWEGUNG IM KANTON BERN

#### 1. DIE ABLÖSUNG DER ARBEITER VON DEN RADIKALEN

Die Gruppen, welche die Rolle heutiger politischer Parteien spielten, vereinigten bis ins spätere 19. Jahrhundert Leute ähnlicher Weltanschauung, die vor allem über den Wert von Tradition und Hergebrachtem und über die Förderung von Neuerungen und «Fortschritt» ungefähr gleich dachten und fühlten. Sie stammten aus allen Gegenden und Schichten, aus Stadt und Land, aus der Bauernschaft ebenso gut wie aus dem Gewerbe, aus Handel und Industrie oder aus freien und intellektuellen Berufen. Das änderte nichts daran, dass in der Politik auch wirtschaftliche Interessen mitspielten oder dass einzelne Gruppen ein Schwergewicht in bestimmten Regionen oder Personenkreisen besaßen. Aber sie erhoben doch alle den Anspruch, Volksparteien zu sein, die nach dem Nutzen und Wohl des Gesamten trachteten und nicht nach Partikularvorteilen und die das ganze Volk repräsentieren würden und nicht nur Teile davon. Auf die Länge liessen sich aber die einander teilweise stark widerstrebenden Anliegen kaum unter einen Hut bringen, und mindestens einzelne Kreise mussten sich neben anderen vernachlässigt vorkommen. Das führte innerhalb der Parteien zu Spannungen, ja zu Abspaltungsversuchen. Im Kanton Bern wurde das deutlich am Verhältnis der Radikalen zur Arbeiterschaft und zu den Vorkämpfern für deren Rechte.

Zusammenschlüsse von Arbeitern gab es auch im Bernbiet bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Beteiligten waren meist Handwerksgesellen und ihrer Herkunft nach Ausländer, insbesondere Deutsche. Bei ihrer Tätigkeit, aber auch bei den Abwehrgefühlen, die sie bei Einheimischen häufig auslösten, lassen sich Soziales und Nationales nicht immer auseinanderhalten. Anstoss erregten sie zum

Beispiel beim Steinhölzli-Handel von 1834 oder 1852, als die konservative Regierung die Sektionen des Grütlivereins verbot – Ereignisse, von denen bereits im zweiten Band berichtet worden ist.

Der Grütliverein war 1838 in Genf gegründet worden und wollte das Los des Arbeiters vor allem dadurch verbessern, dass er ihn geistig hob, nach dem Motto «Durch Bildung zur Freiheit!» Noch war nicht die Rede vom Klassenkampf, und die Auffassungen der Grütlianer standen jenen des linken Flügels der Radikalen nahe. Sie arbeiteten oft mit ihm und mit der Studentenverbindung Helvetia zusammen, etwa bei Wahlkämpfen um die Jahrhundertmitte. Damals existierten im Kanton bereits sieben Grütlisektionen, und zwar nicht nur in Städten wie Bern, Biel, Burgdorf und Thun, sondern auch in Ortschaften wie St-Imier, Langenthal und Langnau. Die Grütlianer waren zwar politisch ebenfalls aktiv, etwa mit Initiativen zugunsten der Arbeiterschaft, aber auch anderer materiell Notleidender. Doch versuchten sie nicht, sich getrennt von den Radikalen zu organisieren.

Umgekehrt setzten sich die Berner Radikalen auch für Arbeiteranliegen ein, um so mehr, als in ihren Reihen ein eigentlicher Industriekapitalismus weitgehend fehlte. Ausdrücke wie «Sozialisten» oder «Kommunisten» tauchten zwar in der öffentlichen Diskussion bereits auf, doch bezeichneten sie landläufig weniger die Anhänger einer klar bestimmten politischen Weltanschauung oder Lehre, sondern alle, die auf irgendeine Weise an den bestehenden Eigentumsverhältnissen rütteln wollten. Ein eigentliches klassenbewusstes Proletariat bestand aber noch nicht im Bernbiet, das ja auch weniger industrialisiert war als manche andere Gegend der Schweiz.

Neben dem Grütliverein bildeten sich bald Gewerkschaften, welche die Interessen der Beschäftigten in bestimmten Branchen wahrnahmen, zuerst bei den Typographen, dann bei den Schreinern, Schneidern, Schuhmachern, Steinhauern, Zimmerleuten und Dachdeckern. Oft ging es darum, Einrichtungen wie Kranken- und Hilfskassen für die Mitglieder zu schaffen. Einige dieser Verbündungen waren von kurzer Lebensdauer und erstanden später in ähnlicher Form unter anderem Namen neu. Das erschwert uns heute den Überblick und führt leicht zu Verwechslungen.

Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt der Kämpfe zwischen «Schwarzen» und Radikalen, hatte der aus der Ajoie und aus ärmlichen Verhältnissen stammende Arzt und Journalist Pierre Coullery mit seinem «Berner Reformverein» versucht, eine politische Gruppe zu bilden, die im Bernbiet das Proletariat zusammenfasste. Wohl gewann er für kurze Zeit einen starken Anhang unter Kleinbauern, Handwerkern und Arbeitern, die von den beiden traditionellen Parteien enttäuscht waren, doch holte vor allem der Radikalismus die Abtrünnigen bald wieder zu sich zurück. Coullery führte seinen Kampf fortan im Kanton Neuenburg, hauptsächlich in La Chaux-de-Fonds, weiter.

Zwar ist die Arbeiterbewegung in der Schweiz zu einem guten Teil aus eigenen Wurzeln gewachsen. Wesentlichen Auftrieb verdankt sie aber auch der 1864 in London gegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation, der sogenannten Ersten Internationalen von Karl Marx und Friedrich Engels. Eine Sektion von ihr, der «Berner Arbeiterverein», entstand in der Stadt Bern 1867, spielte aber nur eine bescheidene Rolle und verschwand bald wieder. Auch in der übergeordneten «Allgemeinen Arbeitergesellschaft Bern» dominierten sozialreformerische Gruppen wie der «Liberale Verein der Stadt Bern», welcher der «Jungen Schule» des freisinnigen Nationalrates Rudolf Brunner nahestand und mit einem sozial gefärbten Liberalismus eine klassenmässige Abspaltung der Arbeiterschaft vom Freisinn zu verhindern hoffte.

In Bern entstand dann 1875 ein «Sozialdemokratischer Verein», aber er rekrutierte sich zum grossen Teil aus Ausländern, die der Lehre des Anarchismus huldigten. In sogenannten Märzfeiern erinnerten sie 1876 und 1877 an den Pariser Commune-Aufstand von 1871 und trugen bei diesen öffentlichen Demonstrationen rote Fahnen mit. Bürgerliche Berner empfanden das als Provokation und lösten Schlägereien aus, die Prozesse mit Gefängnisstrafen für Teilnehmer sowie Arbeiter-Entlassungen nach sich zogen. Mit dieser massiven Abwehr im Stil der bismarckschen Sozialistengesetze trafen aber die Berner Behörden und alteingesessenen Stadtberner auch die Arbeiterschaft als Ganzes, die dem Anarchismus fern stand. So ergab sich eine Stimmung, die es einem geschickten Führer erlaubte,

die Arbeiterschaft in eine klassenbewusste und klassenkämpferische Partei umzuformen.

1875 hatten sich in der Stadt Bern eine Reihe von Gewerkschaften und Arbeitervereinen zusammengeschlossen zu einer lokalen Arbeiterunion. Vorerst pflegte sie noch wie früher Beziehungen zum Freisinn und zum Grütliverein. Aber nach den Märzkrawallen von 1876 und 1877 und während der Staatskrise verwandelte sie sich formell in eine «Sozialdemokratische Partei Bern», die bald – vorerhand allerdings ohne Erfolg – Fühler in den übrigen Kanton ausstreckte. Bei den Wahlen für den Grossen Rat im Frühling 1878 stellte sie in der unteren und in der oberen Gemeinde der Stadt Bern eigene Kandidaten auf, und bei den Nationalratswahlen vom Herbst desselben Jahres portierte sie teils eigene Anwärter, teils unterstützte sie Linksfreisinnige. Sie gewann dabei ungefähr 10 % der Stimmen, aber keine Sitze.

Die Ablösung der Arbeiterschaft von den Radikalen geschah also nicht auf einen Schlag, sondern in kleinen Schritten und oft wohl auf beiden Seiten im Glauben, man könne sich einander später wieder nähern. Das Auseinanderrücken war vorerst weniger als Bruch gemeint, sondern als ein Suchen nach den besten Wahlchancen angesichts der Tücken des Majorzverfahrens.

Treibende Kraft bei diesen Vorgängen war die schillernde Persönlichkeit Karl Moors. 1852 als illegitimer Sohn eines österreichischen Freiherrn geboren, besuchte er das Gymnasium in Nürnberg und lebte dann jeweilen für kurze Zeit in verschiedenen Ländern Europas. 1876 tauchte er als Student an der juristischen Fakultät der Berner Hochschule auf, und von da an wirkte er auch in der Arbeiter-Union Bern, und zwar ganz im Sinne der Lehren von Karl Marx, das heisst, er suchte nicht Reformen, sondern sah in den vielen bürgerlichen Kleinexistenzen Berns die Proletarier der Zukunft, welche dereinst die Mehrheit gewinnen und die grosse soziale Revolution vollziehen würden. Vorläufig aber hielt es Karl Moor nicht in Bern. Er verliess es 1878 oder 1879 und kehrte erst in den 1890er Jahren dahin zurück<sup>28</sup>.

Für die Arbeiterbewegung als Ganzes war das eben geschilderte Geschehen in Bern bloss von lokaler Bedeutung. Internationalen

Rang gewannen dagegen ungefähr zur gleichen Zeit Vorgänge in der Westschweiz, die den bernischen Jura mindestens am Rande mit erfassten. Hier war in den Uhrenregionen die Ausgangslage anders als in ausgesprochenen Fabrikgebieten. Uhren wurden damals noch weitgehend in Heimarbeit hergestellt durch qualifizierte Kräfte, die sich mit Hilfspersonal nicht ohne weiteres durch ein gemeinsames Klassenbewusstsein verbunden fühlten, die zum Teil auf eigene Rechnung arbeiteten und so Einkommen und Stellung durch ihre Leistung mit beeinflussen konnten. Sie empfanden sich deshalb stärker als Individuen und nicht einfach als Glieder des Proletariates, das in seiner Gesamtheit die Herrschaft übernehmen müsse, wie Karl Marx glaubte. Was sie an dessen Lehre und Wirken besonders abstiess, war sein Zentralismus. Ihnen schwebte eher Selbsthilfe vor durch kooperativen Zusammenschluss und durch Betriebe, welche durch die Arbeiter selber geführt wurden. Manche von ihnen waren auch offen für den Anarchismus, nicht in seiner terroristischen Abart, sondern als Grundhaltung, der ein autoritäts- und herrschaftsloses Zusammenleben der Menschen in Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit vorschwebte.

Im Raum des Neuenburger und des südlichen Berner Juras entwickelte sich die sozialistische Bewegung stark in dieser Richtung, unter Führern, zu denen auch Adhémar Schwitzguébel aus Sonvillier im St.-Immertal gehörte. Neben ihnen übte der russische Emigrant Michail Bakunin, einer der bekanntesten Theoretiker des Anarchismus, starken Einfluss aus. Vor allem in Bakunin sah Karl Marx bald seinen Erzfeind, und Machtkämpfe zwischen den beiden prägten die Versammlungen der Ersten Internationalen. Bakunin unterlag schliesslich und wurde 1872 aus der Internationalen Arbeiter-Assoziation ausgeschlossen. Seine Mitkämpfer von der «Fédération jurassienne» wirkten zwar noch weiter, aber unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise und des Übergangs von der Heim- zur Fabrikarbeit bei der Uhrenproduktion erlahmte ihre Aktivität um 1880 endgültig. Schon vorher war Bakunin 1876 in Bern gestorben, wo er ärztliche Behandlung gesucht hatte. Er ruht heute noch auf dem Bremgartenfriedhof als der weltweit bekannteste Tote, der hier bestattet worden ist<sup>29</sup>.

## 2. PARTEI UND FÜHRER DER BERNER SOZIALDEMOKRATEN

Eine eigentliche sozialdemokratische Partei entwickelte sich im Kanton Bern erst spät. In der Eidgenossenschaft als Ganzem waren 1870 und 1880 Versuche zur Parteigründung gescheitert. Erst beim dritten Anlauf entstand 1888 eine Organisation von Dauer. Ihr geistiger Vater war der Berner Jurist Albert Steck, geboren 1843 aus einer burgerlichen Familie, ein Enkel Johann Rudolf Stecks, welcher nach 1798 der Helvetischen Republik auf hohen Verwaltungsposten wichtige Dienste geleistet hatte. Albert Steck war 1878, also direkt nach der Staatskrise, in den Grossen Rat gewählt worden, aufgestellt durch gemässigt konservative Splittergruppen. Seine Wiederwahl im Frühling 1882 verdankte er dann den Freisinnigen, doch demissionierte er als Grossrat schon im Herbst des gleichen Jahres aus gesundheitlichen Gründen. Von einem Kuraufenthalt in Davos kehrte er als überzeugter Sozialdemokrat nach Bern zurück, allerdings nicht als Anhänger der Lehre vom Klassenkampf. In seinen Augen sollte sich der Sozialismus und namentlich ein Recht auf Arbeit mit den Mitteln der nationalen Demokratie durchsetzen. Steck richtete sein Wirken mehr auf die gesamte Eidgenossenschaft aus als auf den Kanton Bern. Sein im besten Sinne vornehmes Wesen und seine wenig robuste Natur waren der Rücksichtslosigkeit damaliger Kämpfe auch innerhalb der eigenen Partei nicht gewachsen, und so starb Steck 1899 verhältnismässig jung und von allem Einfluss abgedrängt.

Steck war eine integre Persönlichkeit gewesen, an welcher der Hass politischer Gegner abprallen musste. Dieser konzentrierte sich deshalb auf Dr. Nikolaus Wassilieff, einen russischen Arzt, der um 1880 als 28jähriger Flüchtling in die Schweiz gereist war und bald in seinem Wohnort Muri bei Bern eingebürgert wurde. Er konnte also politische Ämter bekleiden und durfte nicht aus der Eidgenossenschaft ausgewiesen werden. Die Bürgerlichen nannten ihn den «Waschlisepp» und richteten ihre Angriffe ganz auf ihn, wobei Fremdenfeindlichkeit und Antisozialismus ineinanderflossen. Freilich reizte Wassilieff auch zum Widerspruch, denn er verfocht

klassenkämpferische Auffassungen. Er vollbrachte nun, was bisher niemandem – auch Steck nicht – gelungen war, nämlich die Arbeiterschaft zu einer grossen Organisation und zu einem geschlossenen Auftreten zu führen. Bei den Wahlen stellte sie nun jeweilen eigene, von den Linksbürgerlichen unabhängige Listen auf und brachte so von 1890 an bis zum Jahrhundertende ein gutes Dutzend Sozialdemokraten in den Grossen Rat.

Nikolaus Wassilieff wurde 1890 zum Sekretär der neugegründeten Arbeiterunion Bern gewählt (ihre Vorläuferin von 1876 war längst wieder eingeschlafen), und zwar als erster vollamtlicher Funktionär der Arbeiterschaft einer Schweizer Stadt. Seine Aktivität kam Bürgerlichen unheimlich vor. Er suchte auch bisher schwer erreichbare Berufsgruppen, wie die Serviertöchter, gewerkschaftlich zu organisieren, drang mit der Gründung einer eigenen Genossenschaftsbäckerei in Bereiche vor, die bisher dem Gewerbe vorbehalten waren, und schockierte namentlich durch seine «Freie Schule der Arbeiterunion», eine Art von privater Volkshochschule für Erwachsene, die mit Kursen atheistischer Tendenz das Bürgertum vor den Kopf stiess.

Die Gegenkräfte fanden sich im November 1892 im «Einwohner-Verein Bern» zusammen – dem «Yvornerverein», wie seine Gegner spotteten. Er verlangte von den Behörden ein Einschreiten «mit allen ihnen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln gegen diese zersetzende Propaganda, sei es Wassilieffs, sei es anderer Hetzer und Wühler».

Von der Stärkung der Berner Arbeiterbewegung und von ihrer Lösung vom Freisinn zeugte auch die Gründung einer eigenen Zeitung, der «Berner Tagwacht», im Spätjahr 1893. Zwar hatte schon Albert Steck den «Schweizer Sozialdemokraten» herausgegeben, der aber nie über eine Auflage von bescheidenen 1000 Stück hinauskam. Die «Tagwacht» dagegen stieg bald auf über 4500 und konnte seit 1894 zweimal in der Woche erscheinen. Geprägt wurde sie durch ihren Redaktor Karl Moor, der wieder in Bern auftauchte, das er zur Zeit der Staatskrise verlassen hatte. Sein Journalismus war geistreich und schlagfertig, verschmähte aber auch Polemik, Demagogie und billige Effekte nicht. Damit kam Moor gut an bei einer

Leserschaft ohne grosse geistige Bedürfnisse, stiess aber zugleich Persönlichkeiten wie Steck ab. Moors Wesen und Wirken polarisierte und löste in der bernischen Arbeiterschaft scharfe Gruppenkämpfe aus, aus denen sich Steck zuletzt angewidert auf sich selbst zurückzog.

Mit Wassilieff hatte Moor zuerst zusammengearbeitet, doch kühlte sich ihr Verhältnis Ende der 1890er Jahre ab, und Wassilieff verliess Bern um 1900 endgültig. Er wirkte fortan zuerst als Arbeitsekretär in Basel und kehrte dann nach der Revolution von 1905 in seine russische Heimat zurück, wo sich seine Spuren verlieren. So schien Moors Stellung durch keinen Rivalen gefährdet, doch untergrub er selber sein Ansehen und seine Position bei der Arbeiterschaft durch Sittlichkeitsvergehen. Zwar reichten die Beweise für eine gerichtliche Verurteilung nicht aus, doch als er auch seine Arbeit für die «Tagwacht» öfters nachlässig erledigte, wurde er als Redaktor ersetzt. Der starke Mann unter seinen Nachfolgern wurde Robert Grimm, der die bernische Sozialdemokratie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägte<sup>30</sup>.

Wie andere Gruppen beteiligten sich Organisationen der Arbeiterschaft an Wahlen, schon bevor sie sich als politische Parteien bezeichneten. Für den Grossen Rat taten sie es seit 1878 gelegentlich und seit 1890 regelmässig, mit wechselndem Erfolg. Dabei stieg die Zahl der Wähler zwischen 1890 und 1910 von ungefähr 1800 auf gegen 17 000. Seit 1890 bildeten die Sozialdemokraten im Grossen Rat eine Fraktion, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit 15 Vertretern gut 6 % aller Mandate besass.

Eine verhältnismässig starke Position gewannen die Sozialdemokraten in Orten wie Bern und Biel, aber auch in Courtelary, Tramelan und Delsberg. Ländliche Wahlkreise dagegen boten ihnen vorderhand kaum Aussicht auf Sitzgewinne. Doch auch hier wurden bisweilen Kandidaten aufgestellt, um Agitation und Ausbreitung der Partei zu fördern.

Ihre Fortschritte verdankten die Sozialdemokraten zum Teil ihren Wahlkoalitionen, meist mit Linksfreisinnigen, mitunter – im Oberaargau – aber auch mit Dürrenmatts Volkspartei als einer anderen Minderheitsgruppe. Zudem spielte mit, dass die Sozialde-

mokraten durchaus nicht nur Arbeiter portierten, sondern auch Intellektuelle, die bis weit ins Bürgertum hinein Ansehen genossen, wie die späteren Bundesrichter Alexander Reichel und Karl Zraggen oder den Arzt August Rikli aus Wangen an der Aare, der 1908 als erster bernischer Sozialdemokrat in den Nationalrat einzog.

Die Stärke der bernischen Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende lässt sich nicht eindeutig festlegen, da sie bei Nationalrats-, Grossrats- und Gemeindewahlen unterschiedlich abschnitten. Wir können ausgehen von einem Anteil zwischen 5 und 10 % der Stimmberechtigten. Ihre Schwerpunkte besass die Partei im Mittelland, im Seeland und im Südjura. Schwächer Fuss gefasst hatte sie im Oberaargau und im Oberland, und bloss in Ansätzen war sie im Emmental und im Nordjura vertreten. In der Stadt Bern erreichte sie zur selben Zeit rund 17 % der Stimmberechtigten, und in Biel stellte sie 1907 mit Gottfried Reimann sogar den ersten sozialdemokratischen Stadtpräsidenten der Schweiz. Um Biel herum bildeten übrigens Ortschaften wie Mett, Nidau, Port und Lengnau einen «roten Gürtel» mit sozialdemokratischen Mehrheiten in der Gemeindepolitik.

Im Grossen Rat gewannen die Sozialdemokraten unter dem herrschenden Majorzwahlrecht nur verhältnismässig wenige Sitze. Immerhin stellten sie vom Beginn des 20. Jahrhunderts an jeweilen ein rundes Dutzend Vertreter, die seit 1898 eine Fraktion bildeten. Damit konnten sie natürlich im Kanton keinen Schutz der Arbeiterschaft über die Vorschriften des eidgenössischen Fabrikgesetzes von 1877 hinaus durchsetzen. Eine Erleichterung erreichte immerhin der konservative Regierungsrat Edmund von Steiger, der in die Kantonsverfassung von 1893 den Artikel 82 einführte: «Der Staat anerkennt den Grundsatz der Sonntagsruhe und trifft schützende Bestimmungen gegen gesundheitsschädigende Überlastung.» Doch stand dabei weniger die Hilfe für sozial Schwache als die Sonntagsheiligung im Vordergrund, so dass 1905 dem entsprechenden Ausführungsgesetz sogar Ulrich Dürrenmatt und sein Anhang zustimmten. Nur bei solchen besonderen Umständen drangen vorderhand im Kanton Bern Arbeiteranliegen durch<sup>31</sup>.

### 3. DER KÄFIGTURMKRAWALL VON 1893

Zur Erregung zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen trugen auch Streiks bei, in Bern namentlich jene der Schreiner von 1887, der Typographen von 1889 und der Schmiede- und Wagnergesellen vom Frühjahr 1893. Missfallen riefen zudem die Feiern zum 1. Mai hervor, die in Bern wie in der übrigen Welt von 1890 an die Einführung des Achtstundentages anstrebten. Anderseits litt vor allem die Unterschicht unter der herrschenden Wohnungsnot und den schlechten Wohnverhältnissen besonders in Arbeiterquartieren wie der Matte oder der Lorraine.

Solche Spannungen entluden sich nun beim Käfigturmkravall vom 19. Juli 1893, wobei die Nachwirkungen bedeutsamer waren als die Ereignisse des Tages.

Seit der Agrarkrise im späten 19. Jahrhundert strömten vermehrt Personen vom Lande in die Stadt, wo sie zum Beispiel als Handlanger Arbeit zu finden hofften. Doch seitdem im Baugewerbe der Backstein den Sandstein zu verdrängen begann, stellten die Meister lieber Italiener ein, welche die neue Technik besser beherrschten und erst noch weniger Lohn forderten als die Einheimischen. Das weckte bei den Übergangenen Erbitterung gegen die ausländischen Konkurrenten wie gegen die Unternehmer.

Am Samstag, den 17. Juni 1893, erschien im Berner «Stadt-Anzeiger» ein anonymes Inserat, das für den darauffolgenden Montag zu einer Maurer- und Handwerkerversammlung aufrief. Es stammte – wie sich später herausstellte – von einem arbeitslosen Bauarbeiter namens Zuber, einem «Wilden», der keiner Gewerkschaft angehörte. Vorstellungen über Zweck und Ablauf des Anlasses hatte er anscheinend nicht. Er wollte vor allem der Wut und Enttäuschung Luft machen, die sich in ihm bei der langen Suche nach Beschäftigung angesammelt hatte. Die Polizei liess die Zusammenkunft von Anfang an beobachten und hielt Reserven bereit. Vielleicht fürchtete sie eine Störung des Balles in der Inneren Enge zugunsten eines Bubenberg-Denkmales, der ebenfalls am Montag stattfinden sollte. Spannung lag zudem in der Luft, weil das bürgerliche Bern am gleichen Wochenende eine sozialistische Initiative für die Einfüh-

rung des Proporzes bei den Gemeindewahlen an der Urne bachab schickte.

Am Montag, den 19. Juni, fanden sich bei schwülem Wetter am angegebenen Ort beim Bahnhof einige Dutzend Maurer und Handlanger – zum Teil arbeitslose – ein. Sie wirkten vorerst eher ratlos und zogen schliesslich, nachdem der Haufe auf ein gutes halbes Hundert angewachsen war, auf den Vorschlag eines Maurers namens Aebi ins Kirchenfeld, wo es zu Prügeleien mit Italienern und Polieren, zur Beschädigung von Baugerüsten und zu einigen Festnahmen kam. Damit ging der erste Teil der Demonstration zu Ende, die in diesem Stadium deutlich gegen Ausländer und Unternehmer zielte.

Am späten Nachmittag folgte dann ein zweiter Teil mit anderer Stossrichtung, nämlich gegen Polizei und Behörden. Vor dem Käfigturm sammelte sich eine Menschenmenge, verlangte die Freilassung der Gefangenen und warf Steine. Die Polizei, verstärkt durch die Feuerwehr und durch Freiwillige aus der Bürgerschaft, spritzte Wasser gegen die Demonstranten, gab Warnschüsse ab und räumte den Platz schliesslich mit blankem Säbel. Nach Mitternacht griffen von Thun her angereiste Truppen ein, die Stadtpräsident und Oberstdivisionär Eduard Müller ohne Rücksprache mit kantonalen oder Bundesinstanzen direkt beim befreundeten Vorsteher des eidgenössischen Militärdepartementes angefordert hatte. Gegen fünf Uhr in der Frühe herrschte wieder Ruhe. Im ganzen waren rund 80 Personen verhaftet und mindestens 40 ernsthaft verwundet worden, darunter auch unbeteiligte Zuschauer.

Zu weiteren Ruhestörungen kam es nicht mehr. Dennoch blieb noch einen vollen Monat lang Militär in der Stadt Bern, und es strömten weitere Freiwillige zu einer Bürgerwehr zusammen, die freilich nach einiger Zeit auseinanderfiel, weil ihr die Möglichkeit zum Einsatz fehlte.

Nachspiele zum Krawall gab es in den Parlamenten von Stadt und Kanton und vor Gericht. Im Grossen Rat tat Regierungspräsident Marti die sozialen Nöte der Arbeitslosen mit der Bemerkung ab, jeder von ihnen könnte «per Tag mit Leichtigkeit 4–5 Franken zusammenbetteln». Die Behörden hielten an der Behauptung fest,

die Ruhestörung sei geplant und vorbereitet gewesen, und sahen von Anfang an in Wassilieff den Anstifter, obwohl eine mit grossem Aufwand an Polizei und Truppen durchgeführte Haussuchung in seiner Wohnung nichts Belastendes zutage brachte und Wassilieff sich am Krawall auch nicht beteiligt hatte. Dennoch verurteilte ihn im April 1894 ein Geschworenengericht zu 1½ Jahren Zuchthaus wegen «Anstiftung zum Aufruhr». Wegen Verfahrensmängeln musste der Prozess jedoch wiederholt werden, und nun lautete das Urteil nur noch auf drei Monate Korrektionshaus (abzüglich 80 Tage bereits ausgestandener Haft) wegen «Anstiftung zur Befreiung Gefangener».

Die Härte dieser Strafen stach krass ab von den Vorgängen im Tessin 1890. Dort hatten Freisinnige in einer bewaffneten Revolution die konservative Kantonsregierung gestürzt und dabei sogar einen Regierungsrat erschossen. Dennoch sprach ein eidgenössisches Geschworenengericht sie frei, und die Bundesbehörden erließen dem Tessin – zwei Tage vor dem Käfigturmkrawall – die Kosten, die aus der Besetzung des Kantons durch Bundesstruppen erwachsen waren. Wurden also Vergehen unterschiedlich beurteilt, je nachdem, ob sie von der Regierung Nahestehenden oder vom politischen Gegner begangen worden waren?

Professor Alexander Reichel erhielt von der Erziehungsdirektion einen scharfen Verweis, weil er zusammen mit anderen sozialdemokratischen Gross- und Stadträten auf einem Maueranschlag für Wassilieff eintrat. Am 26. Juli 1893 verbot der Regierungsrat zudem im ganzen Staatsgebiet «das Tragen oder Führen der roten Fahne, in welcher Gestalt es sei, unter freiem Himmel, das Aufpflanzen derselben im Freien, in Wirtschaften oder an andern öffentlichen Orten», weil «unter den obwaltenden Umständen der Gebrauch der roten Fahne als eine Provokation erscheint, geeignet, die öffentliche Ruhe und den bürgerlichen Frieden zu stören und Unordnung hervorzurufen», obwohl er noch im April ein entsprechendes Befehren des Einwohnervereins abgewiesen hatte und rote Fahnen beim Käfigturmkrawall nirgends aufgetaucht waren.

Wenn Rückschlüsse von den zahlreichen Verhafteten auf die Gesamtheit der Beteiligten erlaubt sind, so darf festgestellt werden,

dass der Käfigturmkravall eine Angelegenheit von Männern war, die ihre Jugendjahre deutlich hinter sich hatten und schon einige Zeit in der Stadt wohnten, also nicht von Halbwüchsigen oder Flottanten, und zwar stammten sie für die zweite Phase – also für die Auseinandersetzungen vor dem Käfigturm – aus den verschiedensten Berufsgruppen. Maurer und Handlanger waren hier nicht mehr stärker vertreten als andere. Die Verhafteten waren nicht miteinander verbunden durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation. Hingegen fällt auf, dass sie weitgehend aus Quartieren mit unbefriedigenden Wohnverhältnissen stammten. Fremdenfeindlichkeit spielte mit beim Zug ins Kirchenfeld, nicht aber bei den Kämpfen am Abend. In diesen entlud sich eher das Gefühl der Ohnmacht gegenüber sozialen Missständen und politischen Machtverhältnissen. Das waren Zeichen von Wachstumskrisen des Gemeinwesens, wie sie auch in anderen Städten zu beobachten waren.

Der Käfigturmkravall wühlte beide Seiten tief in ihren Gefühlen auf, was auf Berichte und Urteile über die Vorfälle abfärbte und dadurch der Nachwelt eine gerechte Würdigung erschwerte. Die Härte, mit welcher die Behörden auf den Kravall reagierten, zeugte im Grunde von Hilflosigkeit und vom Unvermögen, auf die tieferen Ursachen der Unruhen einzugehen. Hatte der tonangebende Freisinn bisher – jedenfalls in Bern – politisch zur Linken gezählt und sich auch für Anliegen der Arbeiterschaft eingesetzt, so konnte er diese Stellung zwischen den Wirtschaftsgruppen nun nicht mehr halten. Er musste Farbe bekennen und schlug sich auf die Seite der Unternehmer und damit der politischen Rechten. Fortan sahen die Radikalen – einst selber «Rote» genannt – ihren Hauptfeind in den «roten» Sozialdemokraten und nicht mehr in den «schwarzen» Konservativen.

Freilich kam es nicht zu einem abrupten Bruch, sondern zu einem allmählichen Auseinanderrücken. Der Grütliverein zählte weiterhin Freisinnige in seinen Reihen, und bei Abstimmungen oder Wahlen konnten immer noch – besonders im örtlichen Rahmen – Sozialdemokraten und Konservative gemeinsam gegen den dominierenden Freisinn antreten im Bewusstsein, dass sie ihm gegenüber beide

nur Minderheiten waren. Und wer mehr nach Tradition oder Neuerung fragte als nach Wirtschaftlichem, kämpfte weiter in den alten Fronten. Ulrich Dürrenmatt beispielsweise sah weiterhin im Freisinn seinen Hauptfeind.

Die Arbeiter empfanden den Käfigturmkrawall und sein Nachspiel als Machtdemonstration des Bürgertums und als Klassenkampf von rechts. Das festigte ihr Klassenbewusstsein und ihre Überzeugung, als Minderheit könnten sie Verbesserungen ihrerseits nur durch Klassenkampf und straffe Organisation erreichen, erst recht, solange für Wahlen noch der Majorz galt. Wassilieff wurde für die Arbeiterschaft zum Märtyrer und nutzte diese Popularität bald auch bei Machtkämpfen innerhalb der sozialdemokratischen Partei und anderen Organisationen der Linken.

Etwas Balsam auf die Wunden der Arbeiterschaft legten die Stimmbürger der Stadt Bern dann im Mai 1895, als sie ihren Entscheid vom Sommer 1893 umstissen und nun für Gemeindewahlen doch das Proporzverfahren einführten. Dieses Entgegenkommen beschränkte sich aber auf den Hauptort. Für den Kanton scheiterte ein entsprechender Vorstoss am 1. März 1896 in der Volksabstimmung, freilich verhältnismässig knapp, mit rund 28 000 gegen 33 000 Stimmen. Aber die Trennung der Arbeiter von den Freisinnigen war nicht mehr aufzuhalten<sup>32</sup>.